

# Volk entscheidet über raschen Ausbau

In Luzern sollen Windräder schneller gebaut werden. Dagegen hat die SVP erfolgreich das Referendum ergriffen.

LuZ, 11.7.24

Reto Bieri

Um den Bau von Windparks zu beschleunigen, soll ein kantonales Plangenehmigungsverfahren eingeführt werden. Diesen Entschluss hat der Luzerner Kantonsrat Mitte Mai abgesegnet. Als einzige Partei stellte sich die SVP gegen die entsprechende Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) und kündigte das Referendum an. Am Mittwoch konnte die Volkspartei einen Erfolg vermelden: Innerhalb der sechzigtagigen Sammelfrist sind 3249 Unterschriften zusammengekommen, notwendig sind deren 3000. Damit hat das Luzerner Stimmvolk das letzte Wort. Die Abstimmung findet aller Voraussicht nach im November statt.

«Diese Gesetzesänderung würde die Gemeindeautonomie erheblich einschränken», begründet die SVP ihre Haltung in einer Mitteilung. Dank der Initiative könnten Bürgerinnen und Bürger nun über diese wichtige Frage abstimmen. «Die grosse Unterstützung zeigt, wie wichtig den Menschen die Gemeindeautonomie ist», wird Fraktionspräsidentin Angela Lüthold-Sidler zitiert. SVP-Präsident Martin Wicki meint: «Wir setzen uns weiter entschieden für die Rechte der Gemeinden und ihrer Bürger ein.»

**«Die Gemeinden können weiter mitreden»**

Die anderen Kantonsparteien hingegen unterstützen das neue Plangenehmigungsverfahren. Die Gemeindeautonomie werde dadurch nicht derart eingeschränkt, wie behauptet, sagt etwa Mitte-Parteipräsidentin Karin Stadelmann. «Die Gemeinden können weiter mitreden. Bei grossen Windenergieprojekten braucht es zwischen den Gemeinden und dem Kanton ein koordiniertes Vorgehen. Darauf richtet das Plangenehmigungsverfahren den Fokus – und unterstützt damit die Gemeinden.» Das Parlament habe lange an einem fortschrittenen Kli-



Windräder sollen im Kanton Luzern rascher gebaut werden können. Im Bild die Windenergieanlagen Feldmoos in der Gemeinde Entlebuch.

Bild: Patrick Hürlmann (10.7.2021)

ma- und Energiebericht gefeiert. «Jetzt geht es darum, Massnahmen daraus voranzutreiben, um die Energiewende gemeinsam zu schaffen. Dazu gehört auch das koordinierte Plangenehmigungsverfahren.»

Gemäss dem Horwer FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp ist die Einschränkung der Gemeindekompetenz bei Windparks ein «nötiger Kompromiss.» Diesen gelte es abzufedern, indem sich die Gemeinden an den Erträgen der Windparks in ihrem Gebiet beteiligen können. «Die SVP setzt sich ein für den Bau von Autobahnen und Kernkraftwerken. Hier stört sie sich nicht daran, dass die Gemeindekompetenzen eingeschränkt werden», so Zemp weiter. Es sei der Partei nicht gelungen, in der Debatte im Kantonsrat zu begründen, weshalb

sie bei grossen Windpark-Projekten von übergeordnetem Interesse fundamental andere Massstäbe ansetzt.

Für die SP ist die Gesetzesanpassung nötig, da die Planungs- und Bewilligungsverfah-

ren derzeit viel zu lange dauern würden. «Die betroffenen Gemeinden und Bevölkerungsgruppen verfügen nach wie vor über Beteiligungsmöglichkeiten, welche zwingend angeboten werden müssen», sagt die

Sursee Kantonsrätin Sara Muff. Gerade im Winter sei die Windenergie äusserst wichtig, um die Winterstromlücke zu schliessen.

Auch die Grünen sind von der Gesetzesänderung überzeugt, sagt der Horwer Kantonsrat Gian Waldvogel. «Sie bereitet den Weg für die Windkraft, die wichtig ist für eine nachhaltige Energiewende.» Dass es zur Abstimmung kommt, findet Waldvogel in Ordnung, da dadurch eine öffentliche Diskussion stattfinde.

**Heutige Verfahren sind kompliziert und aufwendig**

Auch die Grünliberalen begrüssen die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen. «Der breit abgestützte Vorschlag ist aus unserer Sicht zukunftsweisend und stärkt die vereinbarten Massnahmen des Klima- und Ener-

gieberichts», so der Stadtrat Simon Howald.

Wie Paloma Meier, Leiterin Kommunikation beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement, auf Anfrage mitteilt, soll das kantonale Plangenehmigungsverfahren «die zurzeit unverhältnismässig langen Planungs- und Bewilligungsverfahren wesentlich verkürzen». Es sei vergleichbar mit den seit vielen Jahren angewandten Bewilligungsverfahren für Kantonsstrassen und Wasserbauvorhaben im Kanton Luzern.

Im neuen Verfahren erteilt laut Meier eine kantonale Behörde abschliessend die Bewilligung für die Planung und das Projekt. Damit entfällt der Koordinationsaufwand zwischen verschiedenen zuständigen Behörden auf kommunaler und kantonaler Ebene. Dies führt auf der einen Seite zu einer deutlichen Entlastung für die Standortgemeinden, weil die heutigen Verfahren kompliziert und aufwendig seien.

Auf der anderen Seite, räumt Meier ein, sei das Verfahren mit einer Einschränkung der Planungsautonomie der Gemeinden verbunden. Dies, weil der Regierungsrat abschliessend über die Nutzungsplanung und das Projekt entscheidet. Die betroffenen Gemeinden würden dennoch miteinbezogen und können sich zu Projekten äussern und Anträge stellen. Zudem bestünde weiterhin sowohl für Private als auch Gemeinden die Möglichkeit, Einsprache zu erheben oder Entscheide beim Kantonsgericht anzufechten. «Eine eigenständige Beschlussfassung durch die Stimmberchtigten ist aber nicht mehr vorgesehen.»

Die Frage, ob ein Nein des Stimmvolks zum neuen Verfahren das Aus für die Windkraft im Kanton Luzern bedeutet, verneint Paloma Meier. «Die Gesetzesrevision strebt ein schnelleres und effizienteres Verfahren an. Windkraftprojekte wären nach wie vor möglich, jedoch gemäss dem aktuellen Verfahren.»

## Allianz für rascheren Ausbau gebildet

Mit Blick auf die Volksabstimmung hat sich bereits ein breit abgestütztes Komitee aus FDP, Mitte, GLP, SP und den Grünen gebildet. Ebenfalls Teil der Allianz ist die Unternehmerinitiative Neue Energie Luzern (Nelu). Zusammen mit weiteren Verbündeten werbe man für ein Ja zum neuen Planungs- und Baugesetz, heisst es in einer am Mittwoch verschickten Mitteilung. Der Kan-

ton Luzern sei heute bereits Spitzenreiter beim Solarausbau in der Schweiz. Für eine sichere Stromversorgung brauche es aber einen möglichst breiten Mix. Luzern biete ideale Bedingungen, um in sorgfältig ausgewählten Gebieten die Windenergie zu nutzen. Diese habe den grossen Vorteil, dass zwei Drittel der Energie im Winter produziert werden und 60 Prozent in der Nacht. (rb)